Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Rundbrief #102
26. Jahrgang | September 2019

Liebe Freundinnen und Freunde,

es gibt engagierte Menschen, die sehr ermutigend auf mich wirken. Oder auch herausfordernd. In manchen, die sich zumeist jahrzehntelang für eine Sache engagieren, sehe ich auch Vorbilder. Und es sind solche Persönlichkeiten, die wir mit ihrem Engagement in den vergangenen Jahren in den Mittelpunkt unserer Tagungen gerückt haben.

Es gibt aber durchaus auch Menschen der jungen Generation, die mich mit ihrem Handeln für eine bestimmte Sache begeistern.

Da ist zum Beispiel Carola Rackete, 31-Jährige Kapitänin der Sea-Watch 3. Sie ließ sich auch unter Strafandrohung und der harten Rhetorik von Italiens Innenminister Salvini nicht davon abhalten, das Richtige zu tun. Ertrinkende Menschen retten. Als sie mit ihrem Schiff nach einer tagelangen Odyssee mit 40 aus dem Mittelmeer geretteten Flüchtlingen in den Hafen von Lampedusa einlief und kurz darauf medienwirksam verhaftet wurde, hatte sie internationale Bekanntheit erlangt und das Thema Seenotrettung ist in den Fokus gerückt. Außer viel Kritik und Hass gab es auch international sehr viele Solidaritätsbekundungen.

Oder die inzwischen 16jährige schwedische Schülerin Greta Thunberg. Sie hatte alleine damit begonnen, gegen die Klimakatastrophe die Schule zu bestreiken. Sie fühlte sich sehr alleine, weil alle an ihr vorbeiliefen. Doch sie verlor ihren Mut nicht und dann ist der Funke auf andere übergesprungen. Daraus erwuchsen weltweite Schulstreiks gegen die Klimakatastrophe, die zur sozialen Bewegung *Fridays for Future (FFF)* angewachsen sind. Am 20. September findet ein weltweiter Klimastreik statt, der von *Fridays for Future* maßgeblich organisiert wird. Die Demos am 20. September sollen größer werden als alle bisherigen. Ausdrücklich werden alle Generationen zur Teilnahme aufgerufen. Erwartet wird, dass es Proteste weltweit und in rund 200 deutschen Städten geben wird. Und dabei ist es gerade ein Jahr her, seit Greta Thunberg alleine begonnen hat.

Oder Alexandria Ocasio-Cortez, US-Aktivistin und demokratische Kongressabgeordnete für New Yorks 14. Wahlkreis. Sie ist mit 29 Jahren die jüngste Abgeordnete, die je im US-Kongress saß. Ihr klarer Sieg bei den internen Vorwahlen der Demokraten über einen finanziell gut aufgestellten Gegenkandidaten war 2018 ein schwerer Schlag für die althergebrachte Politik. Im Februar legte sie dem US-Repräsentantenhaus ihren Vorschlag für einen Green New Deal vor und forderte darin ein „Netto-Null“ an Treibhausgasausstoß binnen einem Jahrzehnt, eine „Wende weg von fossilen Treibstoffen“ sowie eine Nachrüstung aller Gebäude in den USA zur Einhaltung der Energieeffizienzstandards. Sie setzt sich ein für die Überwindung der Armut und sie gibt Trump kräftig Kontra bei dessen rassistischen Äußerungen. Inzwischen hat sich die Demokratin durch ihre Positionen zumindest im linken Milieu des Trump-Amerika einen Kultstatus erworben.

Aus dem Inhalt

- **Suche Frieden und jage ihm nach!**
- **Andreas Zumach: Nukleare Aufrüstung**
- **Ullrich Hahn: Werkstattbericht eines Asylanwalts**
- **Paul Schobel: Frieden ist kein Deal**
- **Zukunftsversprechen, das noch einzulösen ist**



*Mit einem Straßentheater vor der US-Botschaft am Pariser Platz in Berlin verliehen Friedensaktivist*innen am 1. August ihrer Forderung Nachdruck, den INF-Vertrag nicht aufzukündigen. Donald Trump und Wladimir Putin sitzen an einem Tisch, machen Armdrücken und drohen dabei jeweils den Atomknopf zu drücken und die Atombomben, auf denen beide sitzen, in die Luft zu jagen.*

Steigende Atomkriegsgefahr

Die Ermutigung, die von Menschen wie diesen ausgeht, tut gut. Gerade auch angesichts der deprimierenden Tatsache, dass in der Nacht auf

Weitere Infos auch unter
www.lebenshaus-alb.de

den 3. August mit dem INF-Vertrag das wichtigste nukleare Abkommen aus der Zeit des Kalten Krieges endgültig ausgelaufen ist. Als Friedensbewegung hatten wir nicht unerheblich zum Zustandekommen dieses Vertrags beigetragen, in dem sich 1987 die USA und die damalige Sowjetunion zur vollständigen Abschaffung atomarer Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa verpflichtet hatten. Dieser INF-Vertrag ist Geschichte. Was jetzt folgt, ist äußerst besorgniserregend. „Der nun drohende Raketenwettlauf in Europa könnte noch weit gefährlicher werden als der in den 1970er und 1980er Jahren", warnt etwa der Journalist Andreas Zumach (siehe Artikel S.9f.) Damals sei vor allem die neue Pershing-2-Rakete der USA wegen ihrer kurzen Flugzeit bis zu ihren sowjetischen Zielen Grund zur Sorge gewesen. „Die Waffensysteme, die heute in den USA und Russland in der Pipeline sind, lassen die Pershing-2 und die SS-20 alt aussehen", stellt er uns die neue Gefahr vor Augen. Es geht um milliardenteure Modernisierungsprogramme in allen Atomwaffenstaaten, die Entwicklung neuer (Mini-)Atomwaffen in den USA und die vielfältigen Gefahren der weiteren Verbreitung von Atomwaffen, mit denen das atomare Wettrüsten verschärft wird. Die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes steigt.



Seawatch-Kapitänin Carola Rackete.

Auf Aufrüstungskurs

Auf der Militärbasis in Büchel in der Eifel befinden sich aktuell rund 20 US-Atombomben. Diese will die Trump-Administration ebenfalls „modernisieren". Und alle NATO-Bündnispartner der USA unterstützen ausdrücklich diese „Modernisierungsmaßnahme". Die Bundesregierung spricht sich zwar für eine Welt ohne Atomwaffen aus. Dafür wäre allerdings eine eigenständige Politik zur Abrüstung und Abschaffung aller Atomwaffen erforderlich. Diese beginnt damit, die jetzt in Büchel stationierten Atomwaffen ersatzlos abzuziehen und auf die „Nukleare Teilhabe" zu verzichten. Weiter muss die Bundesregierung endlich dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten und diesen ratifizieren.

Doch leider befindet sich die deutsche Regierung auf einem völlig anderen Kurs. Statt einer Abrüstungs- und Friedenspolitik setzt sie auf weitere Aufrüstung. Die neue „Verteidigungsministerin" Kramp-Karrenbauer eifert ihrer Vorgängerin nach und nennt als wichtigste Ziele ihrer angestrebten sicherheitspolitischen Maßnahmen eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes und öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehrrekruten. Offensichtlich will sie die Kernforderungen von US-Präsident Trump erfüllen. Dieser fordert mit Vehemenz mehr Geld für die „Verteidigung" von seinen NATO-Partnern ein, insbesondere von Deutschland. Angeblich sind wir, „der Westen", in Gefahr und weil eine 16-fache Rüstungsüberlegenheit der NATO-Staaten gegenüber Russland nicht ausreichen soll, müssen „wir" weiter aufrüsten. Oder totrüsten?

Opfer mahnen Abschaffung der Atombombe an

Anfang August haben wir wieder der Opfer der verbrecherischen und verheerenden Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki gedacht. Am Kriegsende 1945 haben US-Bomber noch ihre grausamen Massenvernichtungswaffen eingesetzt. Mehrere hunderttausend Menschen starben unmittelbar oder in der Folgezeit an den ungeheuerlichen Auswirkungen dieser beiden Bomben. Bis heute mahnen uns die Toten und die an Spätfolgen leidenden Opfer dieser Abwürfe, die Hibakusha, dass wir auf eine Welt ohne Atomwaffen hinarbeiten. Ihr Vermächtnis: Entweder die Menschheit schafft die Atombombe ab oder die Atombombe die Menschheit.



In seinem Leitartikel „Atomwaffen – Zwei vor Zwölf" in der *Süddeutschen Zeitung* mahnt der Journalist Georg Mascolo: „Es fehlt eine machtvolle junge Generation, die sich für Abrüstung einsetzt, angeführt von einer charismatischen Persönlichkeit wie der jungen Schwedin Greta Thunberg." Doch die Jüngeren würde heute eine ganz andere Sorge als ihre Eltern politisieren und mobilisieren. Der Klimawandel treibe sie aus den Schulen und auf die Straße, nicht nur freitags. Diese existenzielle Gefährdung unserer Welt bekomme in diesen Tagen endlich die Aufmerksamkeit, die sie verdiene, so Mascolo. Doch das Ende des INF-Vertrages habe kaum jemand auf die Straße gebracht. Und so wirft er die Frage auf: „Was spricht dagegen, auf der nächsten Freitagsdemonstration ein Schild hochzuhalten, das nukleare Abrüstung fordert? … Gleichgültigkeit, wie sie … nach dem Ende des INF-Vertrages zu beobachten war, hat die atomare Bedrohung nicht verdient. Es wäre schön, bei jeder Freitagsdemo bald ein paar neue Schilder zu sehen." (SZ vom 3.8.2019)

Allerdings macht es meines Erachtens wenig Sinn, die jeweiligen Bedrohungen durch Klimawandel und Atomwaffen gegeneinander auszuspielen und ebenso wenig die Jungen gegen die Alten. Atomwaffenfreiheit und Klimagerechtigkeit sind elementare Friedensfragen und brauchen das generationenübergreifende Engagement von uns allen!

Hoffnung durch Handeln

Noch einmal zurück zu der oben erwähnten Alexandria Ocasio-Cortez. Gerade ihr Weg kann Mut machen. Sie war nach ihrem Studium aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten ihrer Familie gezwungen, in einem Restaurant zu arbeiten. Sie war deprimiert, fühlte sich machtlos gegenüber Gesellschaftsstrukturen, welche die Ärmeren arm halten und die Reichen reicher machen. „Eine Weile lang suhlte ich mich in Verzweiflung“, erzählt sie. „Was tue ich hier? Ist das mein Leben? Arbeiten, dann nach Hause gehen und alles wieder von vorn?“ Doch dann kam der Wendepunkt für sie. Die erste politische Aktion, an der sie teilnahm, sei enorm befreiend gewesen. „Es war eine Demonstration in Standing Rock in den Dakotas gegen eine Fracking-Pipeline. Es schien kaum möglich, dass wir etwas erreichen würden. Dort waren ganz normale Menschen, sie waren gekommen und standen auf dem Land, um zu verhindern, dass diese Pipeline an diesem Ort gebaut wird. Aber ich fühlte mich plötzlich extrem mächtig – allein dieser Schritt, gegen einige der mächtigsten Konzerne der Welt aufzustehen.“

Rückblickend sagt die junge Frau: „Seit dieser Erfahrung weiß ich, dass Hoffnung nichts ist, das man hat oder nicht hat. Hoffnung ist etwas, das man schafft, indem man etwas tut. Hoffnung ist etwas, das man in der Welt bekunden muss. Und sobald eine Person Hoffnung hat, kann das ansteckend sein. Dann beginnen auch andere so zu handeln, wie man selbst es tut, wenn man glaubt, dass Veränderung möglich ist.“ (*der Freitag*, 28/2019)

Eine Garantie, dass jegliches politische Engagement erfolgreich ausgeht, gibt es natürlich nicht. Es gibt Dinge, für die sollten wir uns einsetzen, weil wir sie für wichtig halten, ganz gleich, wie das ausgeht. In diesem Sinne wünsche ich uns allen viel Kraft und Mut, die Dinge zu sehen, für die zu engagieren wir wichtig finden. Und uns dann entsprechend unseren Möglichkeiten dafür zu engagieren!



US-Aktivistin und demokratische Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez.

Herzliche Grüße

Euer / Ihr

Michael Schmid

Bitte um weitere Unterstützung

Für sein gesamtes Engagement ist *Lebenshaus Schwäbische Alb* fast ausschließlich auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Veranstaltungen wie z.B. die für diesen Herbst erneut geplante Tagung, die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen, die Personalkosten für eine 30-Prozent-Teilzeitstelle und einen Minijob sowie möglichst Abbau von Verbindlichkeiten für das Gebäude erfordern erhebliche Finanzmittel.

Unterstützen Sie *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* mit einer Spende, sei es mit einer Einzelspende oder auch mit einer regelmäßigen Spende per Dauerauftrag oder Einzugsermächtigung. Außerdem gibt es die Möglichkeit, uns mit Ihrer Fördermitgliedschaft oder einem zinslosen Darlehen zu unterstützen.

Freuen würden wir uns auch über weitere zweckgebundene Spenden für den Solidarfonds „Grundeinkommen Friedensarbeit“ (siehe dazu Artikel und Interview in Rundbrief 100).

Mit einem Vermächtnis oder einer Erbeinsetzung kann gezielt eine gemeinnützige Organisation wie *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützt werden. In diesem Fall entfällt die Erbschaftssteuer und das Erbe kommt in vollem Umfang der Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Erhalt der Umwelt zugute.

Nachrichten aus dem Lebenshaus

Protestkundgebung gegen Abschiebungen ins Kriegsland Afghanistan

Lebenshaus Schwäbische Alb hat am 5. Juni 2019 die 11. Protestkundgebung gegen Abschiebungen nach Afghanistan in Gammertingen (Landkreis Sigmaringen) organisiert.

Michael Schmid führte in einer Rede aus, dass seit Jahrzehnten Kriege, Unterdrückung und Terror in Afghanistan immer neue Wunden schlagen würden, sowohl gesellschaftliche, aber auch seelische. Letztes Jahr habe es dort fast so viele Kriegstote gegeben wie in den Kriegsländern Jemen und Syrien zusammen.

Doch trotz katastrophaler Sicherheits- und Versorgungslage im Land forciere die Bundesregierung weiter Abschiebungen in das Kriegsland Afghanistan. So sei am 22. Mai 2019 Abschiebeflug Nr. 24 aus Deutschland mit 24 abgeschobenen Asylbewerbern an Bord in Kabul gelandet. Mit Abschiebungen nach Kabul werde den Betroffenen jegliche Perspektive genommen und es werde wissentlich ihr Leben und ihre körperliche Unversehrtheit in Kauf genommen. Das sei unverantwortlich und menschenverachtend!

Gemeinsam forderten die Teilnehmenden der Kundgebung erneut die Einstellung aller Abschiebungen nach Afghanistan.

Die nächste Protestveranstaltung organisieren wir für den bundesweiten „Tag des Flüchtlings 2019“ am 27. September.

Friedensaktivist und Sozialist Klaus Vack verstorben

Am 18. Mai 2019 ist unser *Lebenshaus*-Mitglied Klaus Vack einen Tag nach seinem 84. Geburtstag verstorben.

Wir nehmen Abschied von einem Freund und Mitstreiter, der mit seinem Engagement für Pazifismus, Menschenrechte und Demokratie gemeinsam mit seiner Frau Hanne viel Wichtiges und Gutes auf den Weg gebracht hat.

In einer Traueranzeige in der *Frankfurter Rundschau* am 24./25. Mai 2019 schrieben Freundinnen und Freunde:

„Was Klaus Vack für uns war, das wird er bleiben - ein Radikaler, ein Sozialist, ein Pazifist, einer, der zeitlebens Menschen bewegen konnte.

Aufrechter Gang. Dem Prinzip Hoffnung folgend, ungebrochen. Hanne Vack an seiner Seite. Gelebter Humanismus, verlässlich. Sich einer Welt entgegenstellen, die den Menschen um sein Menschsein bringt.

Untrennbar ist sein Name verbunden mit den Demonstrationen gegen die Remilitarisierung - „Nie wieder Krieg“, den Kampagnen zur Kriegsdienstverweigerung, der Unterstützung des algerischen Befreiungskampfes und der Abwerbung von Legionären der französischen Armee, der Ostermarschbewegung, der Kampagne gegen die Notstandsgesetze, der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, der Neuen Linken im Sozialistischen Büro, dem Angela-Davis-Solidaritätskongress, der Vietnam-, Chile- und Portugalsolidarität, ungezählten Aktionen der Friedensbewegung, den „Ferien vom Krieg“ im zerrütteten ehemaligen Jugoslawien, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Das war Klaus Vack sein Leben lang. Das wird er für uns bleiben.“

Klaus Vack ist vor rund 20 Jahren Mitglied in unserem kleinen Verein *Lebenshaus Schwäbische Alb* geworden. Darüber haben wir uns sehr gefreut, waren auch ein klein wenig stolz darauf und dankbar für seine damit verbundene Unterstützung. Und dankbar werden wir das Andenken an Klaus bewahren und mit unserem Verein immer erneut versuchen, sein gelebtes, menschenrechtlich und demokratisch radikales Politikverständnis für die Gegenwart der politischen Auseinandersetzungen fruchtbar zu machen.



Klaus und Hanne Vack bei einer Anti-Irak-Kriegs-Demonstration in Berlin im März 2003.

Auf der *Lebenshaus*-Website befindet sich eine umfangreiche Sammlung mit Artikeln von und über Klaus Vack. Unter anderem ist dort auch die ausführliche Würdigung aus dem Jahr 2005 „Jahrzehntelang unermüdlich aktiv für Frieden und Gerechtigkeit - Klaus Vack ist 70 geworden“ durch Michael Schmid veröffentlicht (siehe unter: https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/002996.html, Erstveröffentlichung in Rundbrief 45 vom Juni 2005).

Tagung „Gewaltfrei die Welt gestalten“

Vor 50 Jahren ist Friedrich Siegmund-Schultze, Begründer des *Versöhnungsbundes*, in Soest gestorben. Siegmund-Schultze war ein wesentlicher Akteur der frühen Ökumene und der kirchlichen Friedensarbeit, er hat sich für Wehrdienstverweigerung eingesetzt und zudem wesentliche Impulse für die Sozialarbeit gegeben. Man hat ihn aufgrund der Vielfältigkeit seines Engagements einen Brückenbauer genannt: „*So habe ich ihn erlebt: als den Brückenbauer im sozialen Leben durch seine soziale Arbeit in Berlin Ost (...); als Brückenbauer von Volk zu Volk im Versöhnungsbund und im Weltbund; als Brückenbauer auf dem ökumenischen Gebiet; als Brückenbauer zwischen katholisch und evangelisch.*“ (Hermann Hoffmann)

Anlässlich des 50. Todestages von Friedrich Siegmund-Schultze veranstaltete der *Versöhnungsbund* nun vom 26. – 28. Juli eine Tagung in Soest. Dabei ging es auch um die Erkundung, ob es auch Brücken ins Heute gibt. Einerseits ging es darum, seine Arbeit und seine Ideen kennenzulernen und bekannt zu machen. Andererseits, seine Impulse angesichts der aktuellen Herausforderungen in heutiger Gesellschaft und Kirche zu diskutieren.

Aufgrund von Mitgliedschaften gibt es seit Jahrzehnten enge Verbindungen zwischen *Versöhnungsbund* und *Lebenshaus Schwäbische Alb*. Katrin Warnatzsch war als Referentin zu der Tagung eingeladen worden und fuhr gemeinsam mit Michael Schmid ins nordrhein-westfälische Soest. Dort hielt sie einen Dialogvortrag gemeinsam mit Annette Nauerth, Vorsitzende des *Versöhnungsbundes*, zum Thema „Sozial- und Nachbarschaftsarbeit als innergesellschaftliches Friedensprojekt“ und stellte in einem weiteren Vortrag das *Lebenshaus Schwäbische Alb* vor. Mit Beidem konnte sie zum Gelingen einer insgesamt sehr interessanten Tagung beitragen.



Katrin Warnatzsch (li.) und Annette Nauerth.

„Erinnern, Gedenken, Verantwortung übernehmen“ - Führung durch die Gedenkstätten des Bisinger Konzentrationslagers am 28. September

Das Konzentrationslager Bisingen am Fuße der Schwäbischen Alb, das vom August 1944 bis April 1945 bestand, war ein Außenlager des KZ Natzweiler im Elsass. Es war eines von sieben Lagern entlang der Bahnlinie Tübingen-Rottweil des Mitte 1944 beschlossenen „Unternehmens Wüste“. Aus dem in dieser Gegend vorkommenden Ölschiefer sollte Treibstoff gewonnen werden, um die sich abzeichnende Versorgungskrise zu beheben - ein sinnloses Unterfangen. Die Ölproduktion, an der auch die SS großes Interesse zeigte, gehörte zu den zahlreichen wahnwitzigen Rüstungsunternehmungen der letzten Kriegsphase. Bis März 1945 wurden 4163 Häftlinge nach Bisingen gebracht. In den acht Monaten des Bestehens dieses KZs kamen durch die katastrophalen Verhältnisse im Ölschieferwerk und im Lager mindestens 1.187 Menschen ums Leben.

Heute erinnern die Gedenkstätten in Bisingen an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und bieten darüber hinaus Anknüpfungspunkte für aktuelle Fragestellungen. Ein Lehrpfad zur Geschichte des KZ Bisingen verbindet sieben historische Schauplätze. Ein Museum ergänzt dieses Angebot mit einer Ausstellung. Es steht unter dem Motto „Mut zur Erinnerung - Mut zur Verantwortung“.



Am 28.09.2019 laden wir zu einer Führung mit Dr. Karl Kleinbach durch die Gedenkstätten des Bisinger Konzentrationslagers ein, mit der wir an dieses ganz dunkle Kapitel deutscher Geschichte erinnern wollen.

Treffpunkt: Bahnhof, 72406 Bisingen
Kostenbeitrag: 5 €
Anmeldung: Bitte bis spätestens 24.09.2019 anmelden per Mail an info@lebenshaus-alb.de oder Tel. 07574-2862.

Einladung zur Tagung im Oktober 2019

Wir laden herzlich ein zur Teilnahme an der 7. Tagung „We shall overcome! - Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biographische Zugänge“ am 19. Oktober 2019 in Gammertingen. Wir freuen uns, dass wir als Referierende Eva-Maria Willkomm, Andreas Linder und Nirit Sommerfeld gewinnen konnten, die autobiografisch auf Fragen zu ihrem eigenen Engagement, zu ihrer Motivation und ihren Perspektiven für eine andere Welt eingehen werden. Gabi Lang und Bernd Geisler werden diese Veranstaltung mit ihrer Musik wieder bereichern.

In Kombination dazu besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einem „Bunten Abend“ sowie an einer kleineren Wanderung auf der Schwäbischen Alb am 20. Oktober. Das ausführliche Programm ist dem beigefügten Einladungsflyer sowie – jeweils in aktuellster Fassung – unserer Internetseite www.lebenshaus-alb.de zu entnehmen.



Die Nebelhöhle ist eine Tropfsteinhöhle mit beeindruckenden Stalagmiten, Stalaktiten und Stalagnaten. Sie ist auf rund 450 Meter begehbar.

Die Wanderung am Sonntag führt von der Nebelhöhle in Sonnenbühl-Genkingen zu dem herrlichen Aussichtspunkt Gießstein, weiter entlang des Albtraufs mit schönen Ausblicken und dann zurück zur Nebelhöhle. Die Gesamtstrecke beträgt ca. 7,5 Kilometer und führt durch ein abwechslungsreiches, leicht bergiges Gelände. Die Nebelhöhle ist eine der ältesten und schönsten Schauhöhlen Süddeutschlands. Im Anschluss an die Wanderung besteht die Möglichkeit zum Besuch der Nebelhöhle. Auch hierfür bitte die aktuellsten Infos auf der Website beachten.

Was bereits im Vorfeld hervorragend gelungen ist, ist die enorme Unterstützung unserer Tagung durch 35 Organisationen und Initiativen. Das freut uns. Natürlich wünschen wir uns jetzt auch eine ebenso gute reale Beteiligung an diesen Veranstaltungen im Oktober. Herzliche Einladung!

Gleichzeitig sind wir auf Unterstützung angewiesen, indem andere Menschen auf diese Veranstaltungen hingewiesen werden. Einladungsflyer können zum weiteren Verteilen oder Auslegen bei uns angefordert werden - gerne auch in größerer Stückzahl.

Die Tagung ist mit sehr viel Arbeit und relativ hohen Kosten verbunden. Ein Teil davon wird durch Beiträge der Teilnehmenden abgedeckt. Zudem bekommen wir einen Zuschuss aus Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes. Aus heutiger Sicht besteht noch eine Finanzierungslücke von mehreren tausend Euro. Um diese schließen zu können, bitten wir um Spenden. Auch wer selber nicht an der Tagung teilnehmen kann, könnte durch eine Spende zur Kostendeckung und dadurch zum Gelingen beitragen.

Misch Dich ein - für ein #NetzohneHass!

„Hassbotschaften gefährden die Vielfalt im Internet, weil sie Menschen einschüchtern und verdrängen.“ Drei von vier Menschen in Deutschland stimmen dieser Aussage zu. Sie haben das Problem erkannt. Doch im Ernstfall zeigen viel zu wenige Zivilcourage und werden aktiv. Nach dem tragischen Attentat auf Walter Lübcke, der zuvor monatelang im Netz diffamiert und (fast) unwidersprochen entmenschlicht wurde, dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Die demokratische Zivilgesellschaft ist jetzt gefordert, sich mit aller Macht für Zivilcourage im Netz einzusetzen. Dafür wurde am 22. August 2019 die Kampagne „Misch dich ein – für ein #Netzohne-Hass“ gestartet, zu deren Erstunterzeichnern *Lebenshaus Schwäbische Alb* gehört. Wir wollen das Netz wieder zu einem Ort der Vielfalt und der freien Meinungsäußerung machen. Nimm Stellung gegen Hetze und Hassangriffe und unterschreibe den Kampagnenaufruf!

Mehr unter: https://www.netzohnehass.de

ICAN - we can!

Auch mit der Unterstützung von *Lebenshaus Schwäbische Alb* konnte zum 74. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima (6. August) ein Aufruf zur nuklearen Abrüstung in der taz veröffentlicht werden. Diese Aktion wurde von den *Pacemakers* und der *Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg* initiiert. In dem Aufruf heißt es:

„Wettrüsten verhindern. Dem Verbotsvertrag von Atomwaffen beitreten.

Im Juli 2017 haben 122 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen einen umfassenden Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. Deutschland hat an den Verhandlungen nicht teilgenommen und den Vertrag bisher nicht unterzeichnet. Eine große Mehrheit der Bundesbürger ist jedoch dafür, dass Deutschland diesem UN-Vertrag beitritt.

ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen) hat 2017 für ihr Engagement den Friedensnobelpreis bekommen.

Wir sind zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass alle Bewohner und Bewohnerinnen dieser Erde das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zum Beitritt auf.

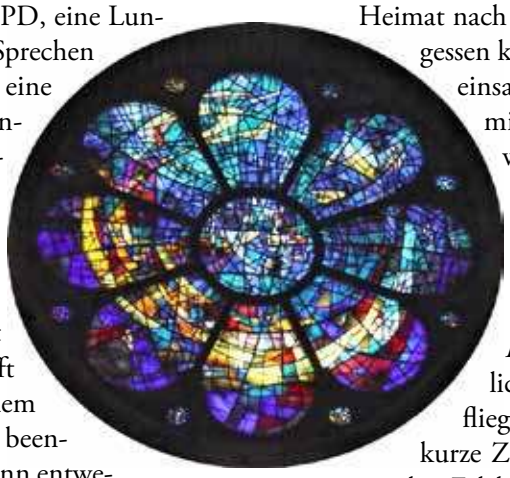
Abrüstung schafft Sicherheit. In Zeiten der Kündigungen des INF-Vertrages und des Atomvertrages mit dem Iran sowie der daraus resultierenden nuklearen Aufrüstungsspirale und steigender Kriegsgefahr ist es notwendig, Zeichen für Deeskalation, vertrauensbildende Maßnahmen und für Gesprächsbereitschaft zu setzen.

Seit dem 2. Februar 2019 haben mehrere Dutzend deutsche Städte den ICAN Städteappell unterzeichnet und geben damit ein Zeichen für die Forderung nach atomarer Abrüstung, gemeinsam mit Städten wie Paris, Washington D.C., Manchester, New York, Sydney, Hiroshima oder Nagasaki."

„Suche Frieden und jage ihm nach!" (Die Bibel in Psalm 34, Vers 15)

Von Katrin Warnatzsch, Sozialer Friedensdienst im Lebenshaus

Gerade hatte ich eine Arbeit am Computer beendet, da klingelt das daneben stehende Telefon. Eine vertraute, tiefe Stimme am anderen Ende. Ich kenne die stockende Redeweise und das mühsame Luftholen: COPD, eine Lungenerkrankung, nur mühsam beim Sprechen unterdrückt. Inhaberin der Stimme ist eine seit vielen Jahren sich mit mir verbunden fühlende Frau, die durch vielfältige tragische Beziehungskonflikte und psychische wie soziale Abhängigkeiten geht. An einem Wendepunkt in ihrer Familie hatten wir miteinander zu tun, als ihre Kinder damals in Sicherheit gebracht wurden. Immer wieder schafft sie es, einengende und doch trotzdem länger andauernde Partnerschaften zu beenden und sich zu „befreien", allerdings dann entweder nach vorne in die nächste Beziehung hinein oder zurück in eine alte. In großen Abständen ruft sie mich an, wenn sich wieder etwas verändert hat in ihrem Leben, wie sie meint. Ich verstehe die Tragik ihres scheinbar aufregenden Lebens erst, seit ich über lange Zeit beobachte, dass sich im Grunde an ihrem Verhaltensmuster nichts ändert. Trotzdem ist sie eine Frau, die ihren Alltag so gut wie möglich anpackt, aufrecht erhält und nicht aufgibt.



Eine ebenso nicht abreißende Verbindung habe ich zu einer alleinlebenden Frau mit einer ebenso tiefen wie tief traurigen Stimme. Die Langzeitfolgen des Vertriebenseins aus der Heimat nach dem Krieg in Serbien, die sie nicht vergessen kann, haben sie krank und vor allem sehr einsam gemacht. Bis vor zwei Jahren hat sie mich noch mit dem Fahrrad besucht. Jetzt wird die Wohnung kaum noch verlassen, Rollläden verdunkeln alle Zimmer und mit „Ich weiß es nicht..." endet fast jeder ihrer Sätze.

Wie in jedem Jahr benötigt sie vom *Lebenshaus* ein Darlehen, das ihr ermöglicht, für zwei Wochen in die Heimat zu fliegen. Das ganze Jahr freut sie sich auf diese kurze Zeit und hält sich daran fest, obwohl sie mir ihre Erlebnisse dort ambivalent erzählt. Diese heftige Wegbewegung aus ihrem Alltag scheint sie am Leben zu halten.

Was bedeutet der Ort, an dem nun der „Lebensmittelpunkt" ist?

Die Großeltern seien verstorben, ein bedeutungsvoller Einschnitt im Leben einer afghanischen Großfamilie. Die



Verpflichtungen der Kinder und Enkel, Anteilnahme zu bezeigen, seien Gesetz. Verzweifelt und voller Tränen steht ein nicht mehr jung aussehender Mann an meiner Tür. Seit mehr als drei Jahren hat er seine familiären Verpflichtungen nicht mehr persönlich erfüllen können, denn er war nach Deutschland geflohen. An diesem Punkt aber, wo es um gemeinschaftliche Trauer geht, fehlt ihm nun sein Handy, um überhaupt Kontakt mit seinen Eltern aufnehmen zu können. Es sei von der Polizei zur Durchsuchung eingezogen worden, schon vor Monaten.

Was kann ich da tun? Ich gehe mit ihm zum örtlichen Polizeiposten, um nach dem Handy zu fragen. Natürlich ohne Erfolg, denn auf offensichtlich gestorbene Großeltern nehmen unsere Behörden keine Rücksicht. Wie lange das noch dauern kann, ist völlig ungewiss. Wie so vieles.

Weinend und zitternd geht der Mann neben mir her durch die abendlichen Straßen, niemand scheint Anteil zu nehmen. Mir fällt nichts mehr zu seinem Trost ein. Da kommen wir an der Kirche vorbei, wo es eine Mariengrotte gibt. In diese gehen wir zusammen hinein und zünden eine Kerze an. Ich hoffe für ihn, dass er den inneren Kontakt zu seiner Familie in der Stille aufnehmen und halten kann. Er fällt sofort voller Respekt auf seine Knie, bückt sich und faltet seine Hände und fängt an, eine Litanei zu sprechen... Ich helfe ihm auf und fordere ihn auf, tief in seinen Bauch einzuatmen, seine Hände darauf zu legen und sich so zu beruhigen. Er könne so an diesem Ort jederzeit versuchen, Kontakt zu seinen Eltern und Liebsten aufzunehmen, innerlich, ohne Handy. Dankbar für diesen Ort, den er noch nicht kannte, und dafür, dass er als Moslem dort ebenso willkommen ist, verabschiedet er sich von mir.

Zehn zugewandte Menschen begleiteten einen vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen gegen seinen Ablehnungsbescheid klagenden Afghanen. Gemeinsam warteten wir lange auf den Beginn, gemeinsam spürten wir die Spannung im Raum und hielten miteinander bis zum Ende aus. Zeitweise dachte ich, wir seien in ein Strafverfahren geraten, denn die zuständige Richterin befragte den Asylsuchenden in scharfer und bohrender Weise. Hier geht es jedoch um eine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland, dessen Vertreterin vom BAMF nicht anwesend war. Misstrauen und teilweise spürbares Unverständnis schwappten uns entgegen. Ein Bleiberecht wird es trotzdem wohl am Ende geben, aber auf das Urteil muss noch einmal monatelang gewartet werden. Alle miteinander fühlten wir uns am Ende müde und ratlos. Die Erleichterung ist ausgeblieben, denn es wurde nicht deutlich, ob die Flüchtlingseigenschaft und damit die Möglichkeit des Familiennachzuges gewährt werden würde. Seine seit Jahren in großer Angst und Not in Afghanistan lebende Frau mit drei Kindern ist davon betroffen. Der Familienvater weiß nicht, wie er ihr die Situation erklären soll. „Papa, jetzt komme ich bald!“, hatte die Tochter voller Hoffnung am Telefon gesagt, als sie vom bevorstehenden Gerichtstermin erfahren hatte.

„Bevor ich nicht weiß, ob ich in Deutschland bleiben kann, ist es mir nicht möglich, weiter in die Schule zu gehen, Prüfungen zu machen oder mich etwa für eine Ausbildung zu entscheiden!“, so ein junger Mann, der wegen seiner Gewalterfahrungen und Bedrohungen seine afghanische Heimat Hals über Kopf verlassen musste. Das Kopfkino mit den immer wieder kehrenden Erinnerungen lässt ihn schlecht schlafen, zwingt ihn, sich abzulenken und hindert ihn, sich zu konzentrieren. Eine dringend notwendige Psychotherapie wäre hilfreich, aber weil er keinen Arbeitsvertrag für längere Zeit hat, stimmen die dafür notwendigen äußeren Bedingungen noch nicht. Daran arbeiten wir, an einem sicheren „Setting“, und danach wollen wir einen ortsnahen Therapieplatz suchen. Für ihn ist es zumindest klar, dass er unbedingt am jetzigen Wohnort bleiben will, da er hier von

Ohne soziale Gerechtigkeit, ohne Recht kein Frieden.
Der Maßstab ist nach Aussage der Prophetinnen und Propheten
das Recht der Rechtlosen, etwa der Witwen und Waisen,
die keinen männlichen Fürsprecher haben.
Die unterste Klasse wird zum Maßstab des Wohlergehens aller gemacht.
Die am meisten entrechtet sind, am wenigsten zu sagen haben,
die nicht nur kein Geld haben, sondern auch keine FürsprecherInnen,
keine Beziehungen, die nicht einmal mit den Behörden umgehen können,
weil sie nicht wissen, worauf sie Anspruch haben -
sie sind der Maßstab, an dem gemessen wird,
was eigentlich Gerechtigkeit ist.
Die Ausgegrenzten, die RandsiedlerInnen,
die an der untersten Sprosse der Leiter einer Gesellschaft stehen,
werden „erhöht“, die Hohen „erniedrigt“,
damit eine „ebene Bahn für Gott“ entsteht (Jesaja 40,3).

Außenpolitik und Innenpolitik werden hier nicht getrennt,
als ob man sich außenpolitisch unterwerfend,
imperialistisch, aufrüstend verhalten und
zugleich innenpolitisch Ruhe und Ordnung erhalten könne!

Dorothee Sölle

einigen Menschen auch während einer späteren Ausbildung Unterstützung erhoffen kann. Die tiefe Verunsicherung, typisch für Menschen, die Gewalterfahrungen ausgeliefert waren, ist, je länger sie andauert, fast schon ein Persönlichkeitsmerkmal geworden. Wie sehr ist zu hoffen, dass auch er noch eine Chance bekommt, seinem Leben selbstbestimmt eine erfreuliche Wendung zu geben!

Wurzelwerk

An einem dieser heißesten Wochenenden im Juli besuchten Michael und ich eine Tagung in Soest/NRW, zum 50. Todestag des Gründers des *Versöhnungsbundes*, Friedrich Siegmund-Schultze. Ich hatte mich seit Jahresanfang mit dessen Leben und Wirken beschäftigt, weil ich dort als Co-Referentin eingeladen worden war und die Verknüpfung dieser historischen Persönlichkeit mit der Idee des Projektes *Lebenshaus* darstellen konnte. In einem sehr schönen Tagungshaus in Soest versammelte sich eine überschaubare interessierte Gruppe von älteren, friedensbewegten Menschen. Für mich war dies eine Entdeckung von Wurzeln und Humus, von dem wir uns seit langen Jahren ernähren. Friedrich Siegmund-Schultze ist unter anderem der Gründervater der *Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost* gewesen, die einer der Vorläufer der heute bestehenden Sozialen Arbeit und Gemeinwesenarbeit in Deutschland ist. Sein bewegtes Leben und unermüdliches Wirken im Raum der Ökumene prägte die heute für uns so selbstverständlichen sozialen kirchlichen und weltlichen Strukturen schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Eine seiner Überzeugungen war: **Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.**



Nukleare Aufrüstung: Ärger schaffen mit neuen Waffen

Von Andreas Zumach



Die USA und Russland haben den INF-Abrüstungsvertrag begraben und bauen neue Atomraketen. Für den Weltfrieden bedeutet das nichts Gutes.

Um Mitternacht in der Nacht auf Samstag läuft das wichtigste nukleare Abrüstungsabkommen aus der Zeit des Kalten Krieges endgültig aus - der 1987 zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion geschlossene INF-Vertrag zum vollständigen Verbot landgestützter, mit Atomsprengköpfen ausrüstbarer Raketen und Marschflugkörper mit Reichweiten zwischen 500 und 5.500 Kilometern (Intermediate Nuclear Forces - INF). Nach der Kündigung des Vertrages am 1. Februar 2019 durch die Trump-Regierung in Washington und am Folgetag durch die Putin-Regierung in Moskau droht nun ein atomarer Rüstungswettlauf.

Die USA rechtfertigen die Kündigung mit angeblichen Vertragsverletzungen Russlands. Moskau habe eine neue, landgestützte Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite von 2.600 Kilometern entwickelt. Umgekehrt bezeichnet Russland die in Rumänien und Polen stationierten Raketenabwehrsysteme der USA als Vertragsverstoß, da diese Systeme geeignet seien, auch Marschflugkörper abzufeuern. Die gegenseitigen Vorwürfe wurden bis zuletzt weder eindeutig belegt noch widerlegt.

Der nun drohende Raketenwettlauf in Europa könnte noch weit gefährlicher werden als der in den 1970er und 1980er Jahren. Besondere Sorge erweckte damals die neue Pershing-2-Rakete der USA, offiziell präsentiert als Reaktion auf die Aufstellung der auf Westeuropa zielenden sowjetischen SS-20-Raketen. Die Pershing-2 hätte acht Minuten nach Abschuss von ihren drei Stationierungsorten in Baden-Württemberg Ziele bei Moskau erreichen und zerstören können.

Mit einer ausreichenden Zahl davon hätten die USA einen Enthauptungsschlag gegen sowjetische Raketenstellungen führen können. Entsprechende Befürchtungen wurden bestärkt durch Strategiekonzepte aus der damaligen US-Administration, die einen solchen Enthauptungsschlag und das Szenario eines auf Europa begrenzten Atomkrieges befürworteten.

Damals demonstrierten in der größten Friedensbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg Millionen von Menschen in Europa und auch in den USA gegen „Geist, Logik und Politik der atomaren Aufrüstung und Abschreckung“ und blockierten die Stationierungsorte für Atomraketen. Diese Friedensbewegung trug wesentlich zur Vereinbarung des INF-Vertrages im Dezember 1987 bei. In Umsetzung dieses Abkommens verschrotteten Washington und Moskau ihr gesamtes, fast ausschließlich auf dem eurasischen Kontinent stationiertes Arsenal von insgesamt rund 2.700 Atomwaffen dieser Kategorie.

Nato-Staaten unterstützen die Aufrüstungspläne

Die Waffensysteme, die heute in den USA und Russland in der Pipeline sind, lassen die Pershing-2 und die SS-20 alt aussehen. Der US-Kongress bewilligte der Trump-Administration

bereits für das Haushaltsjahr 2018 eine erste Tranche von 500 Millionen Dollar zur Entwicklung einer neuen landgestützten Mittelstreckenrakete, die die technologischen Fähigkeiten der Pershing-2 deutlich übertreffen soll - auch hinsichtlich der Möglichkeit, nicht nur feste, sondern auch bewegliche Ziele



US-Präsident Reagan (rechts) und der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow (links) unterzeichnen den INF-Vertrag im Weißen Haus, 8. Dezember 1987.

zu treffen. Denselben „Fortschritt" bringen auch die bereits in der Produktion befindlichen Nachfolgemodelle für die atomaren Fallbomben vom Typ B61-12, die die USA ab 2020 auf ihren Militärbasen im deutschen Büchel in der Eifel, sowie in den Niederlanden und Belgien stationieren wollen.

Diese „Modernisierungsmaßnahme" wird von allen Nato-Bündnispartnern der USA ausdrücklich unterstützt. Hinzu kommen neue Atomwaffen mit niedrigerer Sprengkraft, die nach Darstellung Washingtons Moskau davon überzeugen sollen, dass die USA selbst bei einem rein konventionellen Angriff Russlands - etwa auf die baltischen Staaten, wie es die Nato seit der völkerrechtswidrigen russischen Annexion der Krim vor fünf Jahren für denkbar hält - bereit und in der Lage wären, atomar zu reagieren.

Der russische Präsident Wladimir Putin kündigte seinerseits Anfang Februar die Entwicklung und Stationierung neuer landgestützter Mittelstreckenraketen an sowie von Abschussgeräten für Kalibr-Raketen, die bislang auf Schiffen stationiert sind und daher nicht unter das Verbot des INF-Vertrages fielen. Sie sollen bis Ende 2021 einsatzbereit sein. Außerdem betreibt Russland laut Putin die Entwicklung von Hyperschallraketen mit größerer Reichweite und mindestens fünffacher Schallgeschwindigkeit.

Nach dem Ende des INF-Vertrages sinken auch die Chancen, dass sich Washington und Moskau noch rechtzeitig auf ein Nachfolgeabkommen für den 2021 auslaufenden Start-Vertrag mit zahlenmäßigen Obergrenzen für strategische Atomsprengköpfe und ihre Trägersysteme (Interkontinentalraketen, U-Boote, Langstreckenbomber) einigen. Im schlimmsten Fall könnte es auch zu einer Aufkündigung des atomaren Teststoppabkommens kommen. Und sollten die USA und Russland wieder ungehemmt atomar aufrüsten, dürfte auch der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) von den 186 Staaten, die seit 1970 mit ihrer Unterschrift auf die Entwicklung und den Besitz von Atomwaffen verzichtet haben, immer stärker in Frage gestellt werden.

Auch andere haben Mittelstreckenraketen

Eine neue Aufrüstung in den USA und Russland wird zudem zu entsprechenden Anstrengungen in China führen sowie in den beiden inoffiziellen Atomwaffenstaaten Indien und Pakistan. Als US-Präsident Trump den Austritt aus dem INF-Abkommen im Oktober 2018 erstmals androhte, benannte er neben Russland zur Rechtfertigung auch die Mittelstreckenraketen in China, Iran und Nordkorea, die bei Abschluss des INF-Vertrages 1987 noch nicht existierten. Auch die von Trump nicht genannten Staaten Israel, Südkorea, Indien und Pakistan verfügen heute über Mittelstreckenraketen.

Das ist auch aus Wahrnehmung der russischen Regierung ein Problem. Denn die Mittelstreckenraketen dieser sieben Staaten können sämtlich russisches Territorium erreichen, nicht aber das Territorium der USA. Präsident Putin hatte bereits 2007 in seiner Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz auf das „Problem" hingewiesen, dass der INF-Vertrag nur die USA und Russland binde. Eine Folgevereinbarung, die auch andere Staaten einbezieht, ist bis heute nicht in Sicht - stattdessen fällt die Welt hinter die Abrüstungsfortschritte von 1987 zurück.

Quelle: taz - 01.08.2019. Wir veröffentlichen diesen Artikel mit freundlicher Genehmigung von Andreas Zumach.



Werkstattbericht eines im Ausländer- und Flüchtlingsrecht engagierten Rechtsanwalts

Von Ullrich Hahn - Vortrag beim Rotary Club Freiburg am 11.04.2019



Zu meiner Person: 1978 erhielt ich meine Zulassung als Rechtsanwalt. 1980 kamen nach meiner Erinnerung die ersten Flüchtlinge in meine noch neue Kanzlei. In den Folgejahren wurden es mehr. 1988 erhielt ich vom Deutschen Roten Kreuz einen Honorarvertrag zur Fortbildung und Beratung der Flüchtlingsbetreuer in Südbaden und zur Beratung Asylsuchender selbst. Gleichzeitig wurde ich Mitglied der Rechtsberaterkonferenz des UN-Flüchtlingskommissars. Mit den Jahren entwickelte sich dieser Rechtsbereich zu meiner Haupttätigkeit. Daneben bin ich auch Fachanwalt für Strafrecht und verteidige auch hier in der Hauptsache Angeklagte mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Es sind nach meinem Eindruck fünf Aspekte, die bei der anwaltlichen Vertretung von Asylbewerbern eine besondere Rolle spielen:

1. **Die Frage nach und das Gebot der Wahrheit.**

- Grundlage jedes Mandats und damit Ausgangspunkt meiner Arbeit ist die je eigene Erzählung des Mandanten, seine Fluchtgeschichte, die mir in vielen Fällen bereits zu Beginn in Form des Protokolls seiner Anhörung vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorliegt. Ich weiß in keinem Fall, ob diese Erzählung wahr ist und muss das auch nicht wissen. Ich werde sie hinterfragen, soweit mir Zeit und sprachliche Vermittlung zur Verfügung stehen, um Unklarheiten auszuräumen und fehlende Angaben zu ergänzen, aber ich treffe kein Urteil.

  Für die eigenen Zweifel gilt die anwaltliche Schweigepflicht.

- Wichtiger ist meine eigene Wahrheitspflicht, die ich zunächst dem Mandanten schulde: über die Aussichten des Prozesses, die Höhe der Kosten und meine sehr begrenzten Möglichkeiten. Ich schulde dem Mandanten keinen Erfolg, aber diese Wahrheit über seine Situation, die manchmal nicht leicht zu vermitteln ist.

- Im Rahmen dieser begrenzten Möglichkeiten bin ich dann parteilicher Vertreter für die Durchsetzung eines Bleiberechts. Dazu gehört auch die Beratung über gesetzliche Wege außerhalb des Asylverfahrens, die meist wesentliche Integrationsleistungen voraussetzen.

2. **Der Flüchtling kommt zumeist nicht allein zu mir. In vielen Fällen hat er haupt- und ehrenamtliche Betreuer, auch Landsleute, die ihn übersetzen.**

   Für die rechtliche Fortbildung der hauptamtlichen Sozialbetreuer des Roten Kreuzes werde ich bezahlt, ehrenamtliche Betreuer berate ich kostenlos und werde auch von diesem Personenkreis zu Fortbildungen eingeladen.

   Als Rechtsanwalt bin ich Teil eines Netzwerkes zur Begleitung und Integration von Migranten und ich habe durch mein begrenztes rechtliches Segment und meine professionelle Distanz zu diesen Menschen noch den leichtesten Teil. Zwischen mir und dem betroffenen Flüchtling steht mein Schreibtisch.

3. **Der Asylprozess ist geprägt durch kurze Fristen und lange Wartezeiten.**

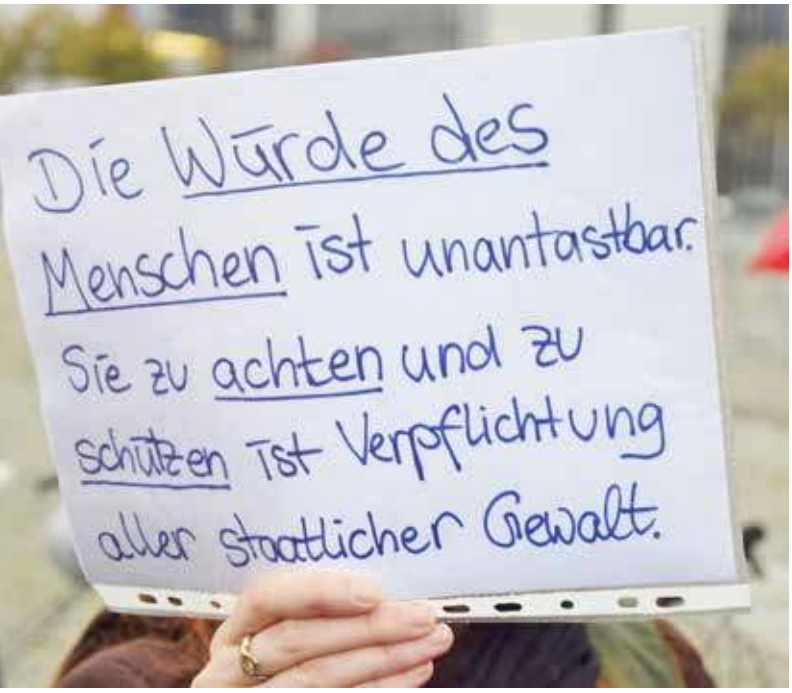
- Die Klagefrist gegen Bescheide des Bundesamtes beträgt in der Regel zwei, in vielen Fällen aber auch nur eine Woche. Da wir immer auf mehrere Wochen mit unseren Beratungsterminen ausgebucht sind, müssen die notwendigen Vorsprachen und Beratungen irgendwie eingeschoben werden. In manchen Fällen verweisen wir die Ratsuchenden an die Rechtsantragsstelle des Gerichts. Die im Migrationsrecht versierten Kolleginnen und Kollegen sind rar und genauso ausgebucht.

Helden des Alltags

Die Fachanwälte für Migrationsrecht gehören zu den Helden des Alltags; sie müssen sich, wenn sie gut sind, nicht nur im immerzu hektisch geänderten nationalen Recht, sondern auch in den Details des EU-Rechts profund auskennen, etwa im Arbeitserlaubnisrecht. Sie brauchen interkulturelle Kompetenz, müssen also Land und Leute kennen – das verhindert, wie es der Frankfurter Asylspezialist Victor Pfaff sagt, das „schädliche Helfersyndrom“ und auch „die einseitige Sicht durch die Asylbrille“, das führt „zu kritischer Empathie“.

Der gute Fachanwalt muss seinen Mandaten gegebenenfalls auch vor einem falschen Sachvortrag bewahren, den diesem womöglich Verwandte oder Freunde eingeblasen haben im Glauben, auf diese Weise zu helfen. Natürlich gibt es auch so manche anwaltliche Tätigkeit, die mehr Schaden anrichtet als Nutzen bringt; von der rede ich hier nicht. Der gute Fachanwalt ermittelt in langwierigen, oft durch Sprachschwierigkeiten erschwerten Gesprächen die vielleicht doch erfolgversprechenden richtigen Fakten. Und ein guter Fachanwalt ist sich auch nicht zu schade, in einem Gemeindesaal, in dem sich ein paar ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zusammenfinden, deren Fragen zu beantworten.

Auszug aus: Prantls Blick – die politische Wochenvorschau, Heribert Prantl, in: Süddeutsche Zeitung vom 18.08.2019



- Die langen Wartezeiten beim Bundesamt und jetzt vor allem bei den Gerichten, sind für die Mandanten äußerst belastend, vor allem wenn sich ihre nächsten Familienangehörigen noch in der Heimat oder einem Drittland aufhalten oder eine Traumatisierung vorliegt. Andererseits bieten diese Wartezeiten eine Chance für die Integration und öffnen damit Wege zu einem Bleiberecht außerhalb des Asylverfahrens.
- Das Asylrecht ist eine politische Materie und deshalb geprägt durch eine Vielzahl von Gesetzesänderungen, auch auf europäischer Ebene. Dazu ändern sich nicht nur die Verhältnisse in den Herkunftsländern, sondern auch deren rechtliche Bewertung in der oft sehr uneinheitlichen Rechtsprechung.

4. **Das Geld. Flüchtlinge sind keine finanzstarke Klientel, insbesondere so lange sie noch auf Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes angewiesen sind.**

   Wir (mein Sohn und ich) beraten deshalb alle Flüchtlinge kostenlos, auch wenn wir danach selbst kein Mandat übernehmen.

   Im Gerichtsverfahren gibt es für die aussichtsreichen Klagen Prozesskostenhilfe; im Übrigen erhalten wir auf unsere Gebühren Raten durch die Mandanten. Soweit wir am Ende gewinnen, bezahlt der Staat. Das geschah in den letzten Jahren sehr häufig. Man könnte sagen, die Differenz zwischen den jeweiligen Rechtsauffassungen des Bundesamtes einerseits und der der Verwaltungsgerichte andererseits ist unser Gewinn.

5. **Der Erfolg ist zwar erwünscht, aber keine Bedingung für den Sinn meiner Arbeit.**

   Meine Dienstleistung ist die Begleitung im Prozess; der Erfolg liegt nicht in meiner Hand (das gilt vergleichbar auch für die Verteidigung im Strafverfahren).

   Meine Möglichkeiten sind begrenzt. Darüber kläre ich schon zu Beginn den Mandanten auf und korrigiere die oft hohen Erwartungen.

   Ich kann dazu beitragen, dass ihr Anliegen möglichst vollständig zur Sprache kommt und alle erfolgsversprechenden rechtlichen Möglichkeiten für eine Bleiberecht ausgeschöpft werden. Unabhängig von Erfolg oder Misserfolg erlebe ich in meiner Arbeit eine ungeheure Vielzahl von ganz unterschiedlichen Menschen in meist existenziellen, für sie lebenswichtigen Situationen.

   Da es in der Regel um Nöte, Ängste und Traumata geht, macht diese Arbeit der Beratung und Begleitung zwar keinen Spaß, aber sie vermittelt Sinn und damit auch Lebensfreude für mich. Ich habe mir für meinen Beruf nichts anderes gewünscht.

Kein deutscher Militäreinsatz vor der Küste Irans!

Erklärung der Kooperation für den Frieden

Mit größter Sorge verfolgt die *Kooperation für den Frieden*, ein Zusammenschluss von Friedensorganisationen und Initiativen, die Diskussion um die Beteiligung der Bundeswehr an einer militärischen Mission in der Straße von Hormus, die sich Oman und Iran als Hoheitsgewässer teilen. Die *Kooperation* fordert die Bundesregierung mit Nachdruck dazu auf, diese Mission abzulehnen und stattdessen alles zu tun, um die drohende militärische Eskalation zu verhindern.

Die deutsche Beteiligung an einem Militäreinsatz zur Sicherung der Schifffahrt im Rahmen der EU oder anderer Bündnisse würde sicher nicht zu einer Beruhigung der Lage beitragen. Die Zuspitzung ist bereits in vollem Gange, wozu die Festsetzung des iranischen Tankers am 5.7.2019 vor Gibraltar mit zumindest fragwürdigen rechtlichen Grundlagen einen wesentlichen Beitrag leistete. Im schlimmsten Falle könnte die Bundeswehr in einen Krieg hineingezogen werden.

Es ist Zeit für Diplomatie, Gespräche und Zeichen der Deeskalation. Es ist dringend nötig, dass alle Seiten ihre Militärpräsenz im Persischen Golf sowie im Golf von Oman zurückfahren. Eine deutsche militärische Präsenz zur Sicherung freier Handelswege ist angesichts ihrer eskalierenden Wirkung, der fehlenden völkerrechtlichen Grundlage und grundsätzlich nicht akzeptabel.

Ein Krieg gegen den Iran würde nicht nur für die iranische Bevölkerung verhängnisvoll sein und abertausende menschliche Opfer bringen. Er ist geeignet, die gesamte Region des Mittleren und Nahen Ostens für einen längeren Zeitraum



ins Chaos zu stürzen. Ein solcher Krieg hätte darüber hinaus schwerwiegende Folgen für Europa und den Frieden in der Welt.

Die Bundesregierung muss klar und unmissverständlich erklären, dass Deutschland sich an einem Krieg gegen den Iran nicht beteiligen und den USA untersagen wird, ihre militärischen Einrichtungen auf deutschem Boden (u.a. diverse militärische Hauptquartiere in Ramstein-Miesbach und das Europäische Kommando der USA in Stuttgart-Vaihingen) im Falle eines solchen Krieges zu nutzen.

Die *Kooperation* für den Frieden ruft alle um den Frieden besorgten Menschen auf, sich mit diesen Forderungen an den Aktionen zum Hiroshima- und Nagasaki-Gedenken und dem Antikriegstag am 1. September zu beteiligen. Unterschreibt und bewerbt den Appell an Bundesregierung und MdB „Kein Krieg gegen Iran - Verhandeln statt eskalieren!“ (https://www.friedenskooperative.de/kein-krieg-gegen-iran)

*Philipp Ingenleuf, Wiltrud Roesch-Metzler und Jens-Peter Steffen (Sprecher*innen der Kooperation für den Frieden)*

Frieden ist kein Deal!

Paul Schobel, Priester, Mitbegründer der Betriebsseelsorge, 2017 auch Referent bei der *Lebenshaus*-Tagung „We shall overcome!“, kommentiert die Politik von Donald Trump in den Morgengedanken von SWR4.

Es ist eingetreten, was zu befürchten war: Der Iran hat aufgrund vertragswidriger Sanktionen gegen ihn das mühsam ausgehandelte Atomabkommen teilweise ausgesetzt. Ein Meisterstück diplomatischer Kunst ist jetzt im Eimer! Nun rattert wieder die alte, rostige Mechanik, die wir zur Genüge kennen: Schuldzuweisungen, Drohung und Gegendrohung. So schaukelt sich die Spirale der Gewalt hoch bis zum großen Knall.

Donald Trump hat einmal mehr Politik mit seinem Geschäftsmodell verwechselt und will sein Gegenüber erpressen. Doch mit einem dumm-dreisten Dealer ist kein Friede zu machen, denn Friede geht anders! Friede setzt auf Vertrauen. Wird dieses missbraucht, muss hart und geduldig nachverhandelt werden. Einfach mit Flugzeugträgern aufzukreuzen, ist keine politische Option.

Angesichts des Waffengeklirrs in aller Welt wird es höchste Zeit für einen Aufstand gegen Gewalt, Rüstung und Krieg. Denn Rüstung tötet auch ohne Krieg! Sie bedeutet Mord an den Bedürftigsten dieser Welt. Ohne die Militärausgaben könnte man Armut und Not, Seuchen und Krankheiten, Analphabetismus und Unterentwicklung schrittweise überwinden. Kein Kind müsste mehr Hungers sterben, kein Flüchtling mehr im Mittelmeer ertrinken, würden wir Brot liefern statt Waffen, Lebensmittel statt Raketen, Decken statt Bombenteppiche.

Als Christen sind wir auf den Frieden hin getauft. „Meinen Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch“,



sagt Jesus in seinen Abschiedsreden und ergänzt: „Mein Friede ist nicht, wie die Welt ihn gibt“. Nicht die sogenannte „Pax Romana“, der römische Imperialismus von damals, der den gesamten Mittelmeer-Raum unterjochte und die Völker auspresste bis aufs Blut. Jesu Friede gründet in Gewaltlosigkeit und Liebe.

Wo immer Machthaber und Warlords mit dem Feuer spielen, sollten sie auf eine universale Abwehrfront treffen: Krieg? Nicht mit uns! „Frieden schaffen ohne Waffen!“ Das fordern die Friedens-Initiativen der Kirchen wie pax christi oder „Ohne Rüstung leben“ schon seit langem. Sich ihnen anzuschließen, heißt für den Weltfrieden zu beten und für den Frieden zu demonstrieren.

Quelle: Radiobeitrag im Rahmen von „Kirche im SWR“ in der SWR-Mediathek (Beitrag vom 17.06.2019).

Ein Zukunftsversprechen, das noch einzulösen ist

Die Ökumenische Versammlung in der DDR 1989 vor dem Hintergrund globaler Gefahren 2019

Dreißig Jahre nach dem Beginn der Herbst-Revolution, dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer, dreißig Jahre nach dem Ende der DDR wird endlich über Erfolge und Versäumnisse im deutschen Einigungsprozess offen gestritten.

Wir erinnern an die Ökumenische Versammlung in der DDR, die vor dreißig Jahren, am 30. April 1989, zu Ende ging und mit ihren Forderungen nach demokratischen Reformen wesentliche Impulse für die friedliche Revolution im Herbst 89 gab. Die Ökumenische Versammlung dachte über die DDR hinaus, als sie über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung als Selbstverpflichtung diskutierte. Sie war damit Teil einer weltweiten Aufbruchsbewegung, die sich den Überlebensfragen der Menschheit stellte. Sie wurde als „Handlungsgemeinschaft" der Kirchen und christlichen Gemeinschaften in der DDR zu einem Modell christlicher Weltverantwortung, über konfessionelle Trennungen hinweg.

Dreißig Jahre später müssen wir feststellen: Die menschengemachten Probleme der globalen Welt - Armut, Hunger, Ausbeutung, Klimawandel, Flucht, Gewalt und Krieg - sind weiter ungelöst. Sie sind 2019 um ein Vielfaches komplizierter, bedrohlicher und schwerer politisch zu bearbeiten. Der zeitliche Abstand zu 1989 und der anschließende System-Wechsel verbieten es, die Antworten der Ökumenischen Versammlung von 1989 einfach auf die Situation von 2019 zu übertragen. Aber gefragt werden muss, ob nicht die sich verschärfenden weltweiten Überlebenskrisen eine neue Wertschätzung für die Grundüberzeugungen der Ökumenischen Versammlung von 1989 geradezu herausfordern.



Fünf Tage vor dem Mauerfall vor 30 Jahren fand am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Ostberlin die größte Protestkundgebung statt, die die DDR in ihrer Geschichte überhaupt zu verzeichnen hat. Geschätzte 500.000 Menschen kamen, als Bürgerrechtler, Dichter, Schauspieler und einige selbstkritische DDR-Funktionäre mit dem SED-Regime abrechneten und ihre Reformforderungen vortrugen. Aufsehen erregte das breite Angebot der auf Transparenten, Schildern und Spruchbändern von den Demonstranten mitgeführten Losungen.

Die Kündigung des INF-Vertrages von 1987 über die Abrüstung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa durch die USA und Russland stellt gegenwärtig alles in Frage, was bis heute durch Entspannungspolitik und kooperative Sicherheit erreicht worden ist. Der Vertrag war ein Schlüssel für das Gelingen der Friedlichen Revolution 1989 und für den Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands 1990. Zu befürchten ist nun ein neues Wettrüsten mit nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa und weltweit. Das bisherige ausbalancierte Gefüge von Abrüstungsverträgen droht auseinander zu brechen. Schon bringen Politiker die Stationierung von neuen Atomwaffen ins Gespräch. In dieser gefährlichen Situation für Europa müssen die Kirchen mit einer Stimme sprechen und gegen ein neues nukleares Wettrüsten Stellung beziehen.

Die Ökumenische Versammlung war 1988/89 eine Antwort auf die Zeichen der Zeit. Ihre Grundannahmen korrespondieren mit Jahrzehnte alten Lernerfahrungen der ökumenischen Bewegung. Sie folgten dem Umkehr-Ruf Jesu „Kehrt um und glaubt an das Evangelium". Deshalb war die Versammlung auch nicht „überholt", als die beginnende Demokratisierung der DDR 1990 von einem System-Wechsel überlagert wurde. Inzwischen fragen sich immer mehr Menschen in den Neuen Bundesländern, ob ihre Einwanderung in den neoliberalen Kapitalismus der Bundesrepublik das Ziel dieser gewaltfreien Revolution gewesen sein kann. Die sich immer weiter öffnende Schere in unserer Gesellschaft zwischen Gewinnern und Verlierern, die die einen arm und die anderen immer reicher macht, ist ein Skandal, auch wenn er mit dem Etikett „marktkonforme Demokratie" kaschiert wird. Das Gift des Populismus und Nationalismus breitet sich aus. Wir können nicht die Errungenschaften der Freiheit preisen, ohne ihre Verirrungen beim Namen zu nennen. Das Fazit über die deutsche Vereinigung würde freundlicher ausfallen, ginge sie mit wirklicher gesellschaftlicher Erneuerung einher, mit mehr Partnerschaft auf Augenhöhe, Chancengleichheit und Partizipation. Tatsächlich änderte sich 1990 im Osten fast alles und im Westen fast nichts. Noch immer nicht eingelöst ist das Versprechen, das Grundgesetz durch eine Verfassung zu ersetzen, „die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist" (Art.146 GG).

Wir setzen uns dafür ein, dass die drei „vorrangigen Optionen" von 1989 - für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung - zu Bausteinen einer sozialen, ökologischen und ethischen Transformation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Europa und weltweit werden. Zivile Friedenspolitik und nicht militärgestützte Sicherheitspolitik muss Maßstab und Mittel für die Arbeit an Europas Zukunft sein. Deshalb unterstützen wir den Aufruf von 74 Organisationen und Institutionen aus 9 europäischen Ländern an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments „Rettet das Friedensprojekt Europa. Für Friede. Für Menschenrechte.

Für Europa“ vom 4. Februar 2019 (www.rettetdasfriedensprojekt.eu). „Die Förderung von Frieden und Menschenrechten droht der Abwehr von Migration und Flucht zum Opfer zu fallen.“ Der Aufruf „Rettet das Friedensprojekt Europa“ entspricht heute dem „ökumenischen Friedensdienst“, zu dem im Umbruch Europas die Kirchen in der DDR zusammenfanden und aufriefen. Daran zu erinnern heißt, das damalige Zukunftsversprechen im heutigen und andersartigen Umbruch Europas zu bekräftigen.

Im Februar 2019

Almuth Berger, Berlin; Annette Berger, Magdeburg-Pechau; Magdalene Bußmann, Essen; Volkmar Deile, Berlin; Christoph Demke, Berlin; Hans-Joachim Döring, Magdeburg-Pechau; Ludwig Drees, Magdeburg; Heino Falcke, Erfurt; Hans-Jürgen Fischbeck, Berlin; Ulrich Frey, Bad Honnef; Jochen Garstecki, Magdeburg; Renate Höppner, Magdeburg; Heiko Lietz, Schwerin; Norbert Mette, Münster; Hans Misselwitz, Berlin; Ruth Misselwitz, Berlin; Axel Noack, Halle; Elisabeth Raiser, Berlin; Konrad Raiser, Berlin; Gerhard Rein, Berlin; Gudrun Rein, Berlin; Frank Richter, Meißen; Friedrich Schorlemmer, Wittenberg; Elfriede Stauss, Berlin; Christoph Stier, Rostock; Heinz-Günter Stobbe, Münster; Andreas Zumach, Genf.



Terminübersicht

17. Sept. 2019 19:00 bis 19:45 Uhr Evang. Kirche Gammertingen: **Friedensgebet.**
Veranstalter: *Evang. Kirchengemeinde Gammertingen* und *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.*
Weitere Termine: 15.10., 20.11. und 17.12.2019.

20. Sept. 2019 Weltweit und in über 200 deutschen Städten: **Globaler Klimastreik** – Der Aufruf zur Beteiligung richtet sich an alle Generationen.
Mehr: https://fridaysforfuture.de und https://globalclimatestrike.net

27. Sept. 2019 18:00 Uhr am Stadtbrunnen in Gammertingen: **Kundgebung zum Tag des Flüchtlings 2019: „Menschen & Rechte sind unteilbar - Keine Abschiebungen nach Afghanistan!“**.
Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

28. Sept. 2019 10:00 Uhr am Bahnhof Bisingen: **„Erinnern, Gedenken, Verantwortung übernehmen“ – Besuch der Gedenkstätten des Bisinger Konzentrationslagers mit Führung.**
Veranstalter: Lebenshaus Schwäbische Alb. Anmeldung bis 24.09.19.

19. Okt. 2019 **7. Tagung „We shall overcome! Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht“**
u.a. mit Nirit Sommerfeld, Eva-Maria Willkomm und Andreas Linder. Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb*. Anmeldeschluss: 8. Okt. 2019.

20. Okt. 2019 10:00 – ca. 14:00 Uhr ab Parkplatz Nebelhöhle in Sonnenbühl-Genkingen: **Rundwanderung Nebelhöhle – Gießstein – Breitenstein - Nebelhöhle. Anschließend besteht die Möglichkeit zum Besuch der Nebelhöhle mit ihren schönen Tropfsteinen.**
Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

08. Nov. 2019 20:00 Uhr Fidelishaus in Gammertingen: **„Seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Unrecht und Krieg: Der Internationale Versöhnungsbund“.**
Vortrag von Michael Schmid.
Veranstalter: *Ökumenisches Forum Gammertingen*.

09. Nov. 2019 9:30 Uhr: **TREFF im Lebenshaus: „2 Minuten vor 12: Mit atomarer Aufrüstung am Abgrund“**
Impulsreferat: Michael Schmid.
Anmeldung bis 07.11.2019.

10.-20. Nov. 2019 **Bundesweite Ökumenische FriedensDekade mit dem Motto friedensklima**
Weitere Informationen: www.friedensdekade.de

17. Nov. 2019 10:15 Uhr Kath. Kirche St. Leodegar in Gammertingen: **Ökumenischer Bittgottesdienst für den Frieden**
Vorbereitung und Durchführung: Kath. Kirchengemeinde und Evang. Kirchengemeinde Gammertingen gemeinsam mit *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen

Katrin Warnatzsch (kw)

Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 700 Exemplare

Spendenkonto

GLS Bank eG
BLZ 430 609 67
Konto 802 333 4800
IBAN: DE36430609678023334800
BIC: GENODEM1GLS

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG

ffuenf
code • design • e-commerce

Bildnachweise:

Alexandria Ocasio-Cortez (privat) S. 3

atomwaffenfrei.jetzt S. 2

Bundesarchiv / Settnik, Bernd / CC-BY-SA 3.0, S. 14

ICAN Deutschland S. 10

Lebenshaus S. 5, 6, 8, 9, 12, 15

Nirit Sommerfeld (Screenshot von Video) S. 9

Regina Amann-König S. 4

St. Petri-Pauli-Kirchengemeinde Soest S. 7

Versöhnungsbund (Screenshot von Video) S. 11

White House Photographic Office S. 10

Wikimedia S. 2

Xanthe Hall S. 1

Es gibt eine kritische Masse

Es gibt den Tropfen,
der das Fass zum Überfließen bringt,
die eine Stimme,
die die Wahl entscheidet,
das eine überzeugende Bild,
das die Gesinnung umschwenken lässt,
das freundliche Wort,
mit dem niemand mehr gerechnet hat.
Damit wird erfüllt, was nötig war,
um die Entwicklung weitergehen zu lassen.

Es geht nicht darum,
allein die Welt zu retten.
Aber vielleicht
ist die eine Tat der Hoffnung
oder das eine Leben,
das der Hoffnung gewidmet ist,
ausschlaggebend für die Verwandlung.

Niemand ahnt es,
doch plötzlich fällt die Mauer: Es waren dein Blick,
dein Wort, dein Wachsein, dein bewegliches Denken,
die sie einstürzen ließen.

Der Weg ist frei
für eine neue Art zu denken, eine neue Art zu handeln,
eine neue Art zu leben.

Die kleine Treue
ist immer auch die große Treue.

Ulrich Schaffer